

Stückwerk statt Gusswerk – Nordrhein-Westfalen verliert mit Schwarz-Grün seine industrielle DNA

Drucksache 18/18996 · eingebracht 2026-04-28 – Antragsteller: **SPD**

Industrie

Klimaschutz

Mittelstand

Kreislaufwirtschaft

ZUSAMMENFASSUNG

Die SPD fordert eine aktive, landeseigene Industriepolitik zur Rettung der gießerei-basierten Wertschöpfungskette in NRW vor Deindustrialisierung — mit Fokus auf Wasserstoff, Strompreis, ETS-Regulierung und Kreislaufwirtschaft.

KERNFORDERUNGEN

- Klimaschutzverträge und Carbon Contracts for Difference
- NRW-Schrottstrategie für Kreislaufwirtschaft
- Temporäre ETS-Ausnahme mit Transformationsverpflichtung
- EU-Benchmark-Absenkung verhindern
- CBAM-Schutz für Gießereierzeugnisse

BEWERTUNG

7.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag stärkt Solidarität (B2, C3, D2) durch aktive Industriepolitik zur Arbeitsplatzsicherung und soziale Gerechtigkeit (D4) durch Schutz des mittelständischen Wertschöpfungsnetzes. Ökologische Nachhaltigkeit wird berührt (A5, E3), aber nur partiell: Kreislaufwirtschaft (90 % Schrottreycling) und Abwärmenutzung werden genannt, doch fehlt eine klare Verankerung der Transformation in gemeinwohlökonomischen Kriterien wie Gemeinwohlbilanzierung oder Lieferkettenverantwortung. Transparenz & Mitbestimmung bleibt unberücksichtigt (keine Bürgerbeteiligung, keine Mitbestimmungselemente). Ein stark widersprechendes Feld ist E3: Die Forderung nach temporärer ETS-I-Ausnahme untergräbt die globale Klimaverantwortung und widerspricht dem GWÖ-Prinzip 'planetare Grenzen'.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Starke Verankerung von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit
- Konkrete, umsetzbare Maßnahmen für Mittelstand
- Kreislaufwirtschaft als zentrales ökologisches Argument

Schwächen

- Fehlende Berücksichtigung von Transparenz & Mitbestimmung
- Keine Verknüpfung von Förderung mit sozialen oder ökologischen Mindeststandards
- Risiko der Emissionsverlagerung durch ETS-Ausnahme nicht adressiert

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	-
B · FINANZEN	•	++	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	+	•	•
D · BÜRGER:INNEN	•	++	•	++	•
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	--	•	•

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

B2 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +4

Forderung nach Landes-Klimaschutzverträgen, Schrottstrategie, Strompreisbrücke als öffentliche Investition für Gemeinwohlindustrie

D2 Wirtschaftliche Souveränität Bewertung: +4

Betont lokale Wertschöpfungstiefe, regionale Kreislaufwirtschaft, wirtschaftliche Unabhängigkeit von Drittstaaten

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +4

Arbeitsplatzsicherung, Fachkräftesicherung, Wohlstandsgewinne für Beschäftigte

C3 Politische Verantwortung Bewertung: +3

Klare Forderung an Landesregierung zur aktiven Industriepolitik statt Passivität

E3 Klimagerechtigkeit Bewertung: -4

Forderung nach ETS-I-Ausnahme untergräbt globales CO2-Budget und entzieht Druck zur echten Dekarbonisierung

A5 Globale Lieferkettenverantwortung Bewertung: -2

Keine Verpflichtung zu fairen Lieferbedingungen oder Sozialstandards bei Importersatz

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt Kernpositionen des SPD-Wahlprogramms 2022 wider: aktive Industriepolitik (S. 11–15), sozial gestalteter Kohleausstieg, Wirtschaftssouveränität, Tariftreue und Landesmindestlohn sind implizit vorausgesetzt. Die Forderung nach 'Brückenstrompreis' und 'Carbon Contracts' entspricht direkt dem Anspruch auf 'klaren politischen Korridor für ökologisch nachhaltige Transformation' (S. 12).

„Für diese Transformation braucht es einen starken Staat, der einen klaren politischen Korridor für die ökologisch nachhaltige Transformation der Industrie aufmacht.“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 14

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das Hamburger Programm betont 'ökologische Industriepolitik' (S. 44–45), 'soziale Marktwirtschaft', 'Recht auf Arbeit' und 'Vorsorgender Sozialstaat'. Der Antrag folgt diesem Geist, indem er Industrieerhalt als soziale Aufgabe begreift. Allerdings fehlt explizite Verbindung zu 'internationaler Solidarität' (S. 47) bei der ETS-Kritik.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU

WAHLPROGRAMM

7/10

Der Antrag ist kompatibel mit CDU-Prioritäten: Mittelstandsförderung (S. 35–38), Technologieoffenheit (H2, Smart Grids), Kreislaufwirtschaft (S. 37), Energiesicherheit. Kritisch ist die Forderung nach ETS-Ausnahme — CDU befürwortet ETS, aber mit 'marktbasierter Lenkung' (S. 37, Q2).

„Wir werden aus dem Generationenprojekt Klimaschutz ein Versöhnungsprojekt machen. 1. Wirtschaft Wir denken Wirtschaft, Umweltschutz...“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 35

PARTEIPROGRAMM

7/10

CDU-Grundsatzprogramm betont 'Soziale Marktwirtschaft', 'Eigentum', 'Leistungsprinzip' und 'Schöpfungsverantwortung' (Q7, Q8, Q9). Der Antrag respektiert diese, aber vermisst expliziten Bezug zur 'subsidiären Ordnung' oder 'Föderalismus'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

5/10

Grüne fordern 'klimaneutrale Industrie' (S. 36–37) und 'grünen Wasserstoff' (S. 38), was der Antrag teilt. Aber die Forderung nach ETS-Ausnahme widerspricht klar ihrem Grundsatz: 'Maßstab erfolgreicher Klimapolitik ist der globale Budget-Ansatz' (Q29). Kein Zitat passt wörtlich — daher leer.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

4/10

Grünes Grundsatzprogramm verlangt 'Führungsrolle bei Dekarbonisierung' (Q29) und lehnt Emissionsverlagerung ab. Die ETS-Ausnahmeforderung steht im Widerspruch zu 'sozial-ökologischer Transformation' (Q28). Kein passendes Zitat gefunden.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

6/10

FDP fordert 'Technologieoffenheit', 'Bürokratieabbau', 'Marktlösungen' — der Antrag greift H2, Strompreis, Infrastruktur an, aber setzt auf staatliche Verträge (CCfD), nicht Markt. Kein passendes Zitat aus FDP-Wahlprogramm vorhanden.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

5/10

FDP-Grundsatzprogramm betont 'Freie Marktwirtschaft', 'Eigenverantwortung', 'schlanken Staat'. Der Antrag ist stark interventionistisch — daher nur partielle Übereinstimmung. Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

2/10

AfD lehnt EU-Emissionshandel grundsätzlich ab, befürwortet Kernkraft und Kohle. Der Antrag kritisiert ETS, aber akzeptiert Klimaziele und fördert H2 — damit widerspricht er AfDs Kernposition 'gegen Energiewende'. Kein passendes Zitat vorhanden.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: sich für eine temporäre Ausnahme energieintensiver Industrien vom Emissionshandel ETS I einzusetzen bis die Infrastruktur für Dekarbonisierungsoptionen wie das H2-Kernnetz, ein CO2-Netz und die nötigen Stromanschlusskapazitäten verfügbar sind.

sich für eine **zeitlich befristete, sanktionsfreie Übergangsregelung** im ETS I einzusetzen, **verbunden mit einer verbindlichen Transformationsvereinbarung**, die den Aufbau von H2-Kernnetz, CO2-Infrastruktur und Netzausbau bis 2030 sicherstellt sowie **globale Emissionsverlagerung durch CBAM-Verstärkung verhindert**.

Begründung: Vermeidet GWÖ-Wertekonflikt E3 (globale Verantwortung) und stärkt Solidarität (B2) durch verbindliche Kompensation.

Vorschlag 2 von 3

Original: landesseitig Klimaschutzverträge, Carbon Contracts for Difference, ergänzend zum Bund anzubieten, um hohe Wasserstoffkosten zum Ersatz von Erdgas zu überbrücken und den H2-Hochlauf abzusichern.

landesseitig Klimaschutzverträge, Carbon Contracts for Difference, **unter der Voraussetzung erneuerbaren Strombezugs und sozialer Mindeststandards in der Produktion**, ergänzend zum Bund anzubieten...

Begründung: Stärkt ökologische Nachhaltigkeit (C3, D3) und soziale Gerechtigkeit (D4) durch Verknüpfung von Förderung mit Nachhaltigkeitskriterien.

Vorschlag 3 von 3

Original: den Bund zu einer unverzüglichen Einführung des Industriestrompreises zu bewegen, der nicht nur einen theoretischen Zielpreis, sondern einen faktischen Brückenstrompreis von 5 Cent/kWh für 80 Prozent des Strombedarfs vorsieht.

den Bund zu einer unverzüglichen Einführung des Industriestrompreises zu bewegen, **der an den Anteil erneuerbaren Stroms im Netz gekoppelt ist und so den Ausbau erneuerbarer Energien direkt beschleunigt** — mit einem faktischen Brückenstrompreis von 5 Cent/kWh für 80 Prozent des Strombedarfs.

Begründung: Verknüpft Wirtschaftsförderung mit ökologischer Nachhaltigkeit (D3, E3) und vermeidet Subventionierung fossiler Stromerzeugung.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit gegen GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Unterstützen mit Änderungen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-121

Ja: CDU SPD Nein: AfD CDU Δ FDP GRÜNE

Δ Heuchelei (Nein trotz Wahlprogramm-Match $\geq 7/10$)

Original-Antrag

Drucksache 18/18996

Stückwerk statt Gusswerk · Nordrhein-Westfalen verliert mit Schwarz-Grün·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

28.04.2026

Antrag

der Fraktion der SPD

Stückwerk statt Gusswerk – Nordrhein-Westfalen verliert mit Schwarz-Grün seine industrielle DNA

I. Ausgangslage

Ein Werkstück „aus einem Guss“ ist das Gegenteil von Stückwerk. Es folgt einer genau festgelegten Formgebung, die auf einen präzisen Nutzungszweck optimiert wurde. Es ist widerstandsfähig. Es ist auf den halben Millimeter genau präzise. Es ist exakt replizierbar. Derartige Qualitäten sind im verarbeitenden Gewerbe grundlegend.

Gießereierzeugnisse sind unverzichtbar. Eisenguss wird in Europa seit mehr als einem halben Jahrhundert praktiziert. Doch Eisenguss und andere Gusserzeugnisse bleiben auch 2026 zukunftsweisende Werkstoffe: als Ventil, als Pumpengehäuse, als Druckregler, als Schiffschraube, als Schaufelrad oder als Motorbestandteil. Über die Hälfte der Gussprodukte, bei Metallen weit mehr, geht in den Straßenfahrzeugbau, ein Viertel des Eisengusses in den Maschinenbau. Chemie- und Glasindustrie, Bauwirtschaft oder Medizintechnik sind ebenso auf Gusserzeugnisse angewiesen wie die Umwelt- und Energiewirtschaft. Bis zu 250 Tonnen Gusserzeugnisse stecken in einem Windrad. Wärmepumpen, E-Ladepunkte, Fahrräder, Bahnverkehr oder Stromleitung sind ohne Guss undenkbar. Es gibt im produzierenden Gewerbe kaum eine Branche, die ohne Gusserzeugnisse auskommt. Die Zuliefererbedeutung der Gießereien ist immens.

Diese relevanten Anwendungsbereiche unterstreichen in unsicheren geopolitischen Zeiten die Bedeutung von Gießereikapazitäten im Inland als Ausgangspunkt für vielfältige industrielle Weiterverarbeitung, für Wertschöpfungstiefe und für wirtschaftliche Souveränität. Wer auch künftig im Maschinenbau als exportorientierte Wirtschaft in der Weltspitze mitmischen will, braucht Eisengießereien vor Ort. Wer Lieferengpässe und Handelshemmnisse in wesentlichen Industriezweigen vermeiden will, braucht Gießereien vor Ort. Wer künftig bei der Energie- und Wärmeversorgung unabhängiger von unverlässlichen Drittstaaten sein will, braucht Gießereien vor Ort. Etwa 600 Unternehmen bilden deutschlandweit mit gut 61.000 Beschäftigten die Gießerei-Industrie, wobei der größte Absatzwert der Gussproduktion mit 30 Prozent auf Nordrhein-Westfalen und seine Betriebe entfällt.¹ In den NRW-Betrieben erwirtschaften die 21.000 Beschäftigten einen Umsatz von rund 3,3 Milliarden Euro.²

Gießereierzeugnisse sind Prototypen mittelständischer deutscher Wertarbeit. In einem Land, das seinen wirtschaftlichen Erfolg nicht auf kostengünstige Massenware, sondern auf

¹ <https://www.it.nrw/nrw-produktion-absatzmenge-von-giessereierzeugnissen-seit-2019-gesunken> [10.04.2026].

² https://www.guss.de/fileadmin/user_upload/260320_positionspapier_igmetall_bdg.pdf [10.04.2026].

technologische Fertigkeiten, Präzision und Qualitätsproduktion gebaut hat, sind Gießereien beispielhaft für die Vielfalt und Anpassungsfähigkeit mittelständischer Industrieproduktion. Eine zunehmende Fertigungstiefe auf Zuliefererebene, auf Kundenwünsche individualisierbare Gussformen und Legierungen und über zehntausende qualifizierte Beschäftigte verdeutlichen die Zukunftsfähigkeit des Gießereiwesens.

Auch im Sinne der Kreislaufwirtschaft und der Ökologie ist der Guss zukunftsträchtig: etwa 90 Prozent der verwendeten Metalle sind Schrotte, die recycelt werden. Eine Tonne recycelten Stahlschrotts spart nicht nur rund 1,7 Tonnen CO₂ gegenüber der Neuerzeugung. Sie spart auch begrenzte Rohstoffe wie Eisenerz, Kohle und Kalk in beachtlichem Maß. 70 Prozent des Energiebedarfs der Gießereien geht in die Prozesswärmeerzeugung. Etwa 40 Prozent der benötigten Energie könnte bei entsprechender Berücksichtigung in der kommunalen Wärmeplanung als industrielle Abwärme genutzt werden und erneuerbare Wärme für Haushalte liefern.³

Doch wenn Metall bei 1200 bis 1600 Grad verflüssigt und in Form gegossen wird, ist ein immenser Energieaufwand nötig. Der Gesamtenergiebedarf der Gießereien wurde 2019 mit 12,4 TWh beziffert, 7 TWh davon für Eisengießereien – gedeckt durch Strom, Erdgas, Gießereikoks.⁴ Die hohen Energiekosten sind einerseits Effizienztreiber in der Branche – doch Effizienzgewinne sind in Produktionsprozessen endlich. Die Produktionsmenge hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Wurden 2008 noch knapp sechs Millionen Tonnen in Deutschland gegossen, waren es im Folgejahrzehnt relativ konstant jeweils gut fünf Millionen Tonnen. Seit 2019 führten die Pandemie, Industrierezession und Energiekostensteigerungen zu weiteren Einbrüchen, sodass die Produktionsmenge sich zuletzt bei etwa 3,5 Millionen Tonnen einpendelte.⁵

Doch die drei- bis viermal über internationalem Niveau liegenden Energiekosten treffen in der aktuellen Wirtschaftskrise auf Überkapazitäten aus China, Indien und der Türkei, auf eine erratische US-Zollpolitik, auf geopolitische Kriegseinflüsse in Osteuropa und Nahost und schwächelnde europäische Märkte. In den letzten sieben Jahren sind bundesweit nicht nur ein Viertel der Produktion, sondern auch knapp 20.000 Arbeitsplätze in der Branche verloren gegangen. Wie der ganze Industriestandort Nordrhein-Westfalen ist auch die Gießerei-Industrie existenziell bedroht.

Transformationsbemühungen werden dadurch erschwert, dass ausreichende und rechtzeitige Stromanschlusskapazitäten z. B. für eigene Elektrolyseure nicht verfügbar sind. Der Erdgasersatz durch Wasserstoff oder weitere Elektrifizierung ist vielfach nicht darstellbar. Die Hälfte der europaweit unter den europäischen Emissionshandel ETS I fallenden Gießereien ist in Deutschland beheimatet und einem zusätzlichen Wettbewerbsdruck unterworfen. Der Druck der CO₂-Bepreisung wird auf diese Gießereien EU-seitig in den nächsten vier Jahren weiter verschärft mit einem zusätzlichen Kostenaufwand von 55 bis zu 100 Millionen Euro, die durch Kunden zu tragen wären und einen signifikanten Wettbewerbsnachteil bedeuten.⁶ Darüber hinaus fehlt auch bei „Kleinanlagen“ jenseits des ETS I eine ausreichende Absicherung im nationalen Brennstoffemissionshandel BEHG. Den Betrieben fehlt der finanzielle Spielraum und oft auch die technische Möglichkeit, die vom Emissionshandel beabsichtigte Lenkungswirkung mittelfristig zu vollziehen und Transformationsprozesse hin zu klimafreundlicheren Produktionen umzusetzen. Obendrein vernachlässigen handelspolitische Schutzmaßnahmen

³ Deutsche Energie-Agentur (Hrsg.) (dena, 2021): „Systematisch Energieeffizienz steigern und CO₂-Emissionen senken in der Gießerei-Industrie“, unter: https://www.dena.de/fileadmin/dena/Publikationen/PDFs/2021/LEITFADEN_Systematisch_Energieeffizienz_steigern_und_CO2-Emissionen_senken_in_der_Giesserei-Industrie.pdf, S. 29 [10.04.2026].

⁴ Ebd., S. 5 [10.04.2026].

⁵ <https://www.guss.de/organisation/bdg/branche> [10.04.2026].

⁶ https://www.guss.de/fileadmin/user_upload/260218_bdg_stellungnahme_aenderung_der_ets1-benchmarks.pdf [10.04.2026].

für die Stahlindustrie teilweise die Gießereien. Unterm Strich hat Transformation dadurch keine Chance: energieintensiver Mittelstand schließt die Werkstore, statt das eigene Zukunftspotenzial für eine klimaneutrale Industrieregion zu entfalten. Das zerstört Arbeitsplätze, Know-How auf Beschäftigtenseite, Wohlstandsgewinne, wirtschaftliche Souveränität – und führt klimapolitisch nicht zu CO₂-Reduktionen, sondern zu Verlagerungen der Emissionen.

Der Befund ist eindeutig: Nordrhein-Westfalen hat den Weg zur „ersten klimaneutralen Industrieregion Europas“ 2045 – wie es CDU und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag 2022 prominent vorgegeben haben⁷ – verlassen. Nordrhein-Westfalen ist auf dem Weg zur größten nicht-klimaneutralen de-industrialisierten Zone Europas. Statt einer passiv-achselzuckenden Wirtschaftspolitik der schwarz-grünen Landesregierung, die in ihrem Stückwerk gescheitert ist, braucht es daher eine aktive Industriepolitik aus einem Guss.

II. Der Landtag stellt fest,

- dass die mittelständische Gießerei-Industrie aus volkswirtschaftlichem Interesse an starken Zuliefererbetrieben, Wohlstandsgewinnen und wirtschaftlicher Souveränität in NRW zu halten und dafür wirtschaftspolitisch zu unterstützen ist;
- dass das aktuelle Marktumfeld, Standortnachteile in NRW und hohe Energiekosten ohne politische Interventionen zu einem weiter fortschreitenden Abbau an Produktionsmengen der Gießereien, zu einem Abbau von Arbeitsplätzen und zu einer De-Industrialisierung des Standorts führt;
- dass der Zertifikatehandel für CO₂-Emissionen (EU-ETS I) aktuell im Falle der energieintensiven und im internationalen Wettbewerb stehenden Industrie zur De-Industrialisierung in NRW beiträgt und dabei dem beabsichtigten Klimaschutz entgegenwirkt;
- dass die Gießerei-Industrie eine Schlüsselbranche für die Kreislaufwirtschaft sein kann und beispielhaft aufzeigt, wie Industrieproduktion zukunftsträchtig ist und kein Relikt vergangener Tage.

III. Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- landesseitig Klimaschutzverträge, Carbon Contracts for Difference, ergänzend zum Bund anzubieten, um hohe Wasserstoffkosten zum Ersatz von Erdgas zu überbrücken und den H₂-Hochlauf abzusichern.
- Kreislaufwirtschaft mit einer NRW-Schrottstrategie zu befördern, um Rohstoffe für die Gießereien zu sichern und bundesweit auf solch eine Strategie hinzuwirken.
- sich für eine temporäre Ausnahme energieintensiver Industrien vom Emissionshandel ETS I einzusetzen bis die Infrastruktur für Dekarbonisierungsoptionen wie das H₂-Kernnetz, ein CO₂-Netz und die nötigen Stromanschlusskapazitäten verfügbar sind.
- bei der EU-Kommission zu erwirken, die Benchmarks für Eisenguss in der vierten Handelsperiode von 2026-2030 nicht abzusenken.
- auf einen wirksamen CBAM-Schutz der Exporte industrieller Güter aus der EU, darunter Gießereierzeugnisse, hinzuwirken.
- angesichts des nachhinkenden Stromnetzausbaus für eine klare Priorisierung von Industrieinteressen wie z. B. die Transformationsvorhaben von Gießereien bei den Netzanschlüssen einzutreten.
- auf EU-Ebene auf eine 1:1-Umsetzung der Industrie-Emissionsrichtlinie zu drängen.

⁷ https://www.cdu-nrw.de/sites/www.neu.cdu-nrw.de/files/zukunftsvertrag_cdu-grune.pdf, S. 2, Z. 20 [10.04.2026].

- den Bund zu einer unverzüglichen Einführung des Industriestrompreises zu bewegen, der nicht nur einen theoretischen Zielpreis, sondern einen faktischen Brückenstrompreis von 5 Cent/kWh für 80 Prozent des Strombedarfs vorsieht.
- bei Bund und EU auf die Bedürfnisse der Gießereien hinzuweisen und eine Einbeziehung der Gusskomponenten in die Stahl-Safeguards beim Handelsschutz sowie aller Gießereien in die Strompreiskompensation hinzuwirken.
- im Landesvergaberecht ‚Local Content‘-Regelungen zu verankern, die Gusserzeugnissen aus NRW zugutekommen und Leitmärkte für kreislaufbasierte Gussprodukte schaffen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Alexander Vogt
André Stinka

und Fraktion